

Zum 40. Todestag von
Konrad Adenauer

Architekt eines Hauses der Freiheit

Günter Buchstab

Konrad Adenauer wuchs mit drei Geschwistern in einem bescheidenen Beamtenhaushalt in Köln auf. Nach seinem Abitur 1894 studierte er Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft in Freiburg, München und Bonn. Nach den Examina arbeitete er als Rechtsanwalt und Richter in seiner Heimatstadt. Durch seine Heirat 1904 mit Emma Weyer kam er in Verbindung mit dem gesellschaftlich und politisch tonangebenden rheinischen Großbürgertum. Herkunft und Erziehung führten den Katholiken Adenauer in das Zentrum, die Partei des politischen Katholizismus. 1906 wurde er zum Beigeordneten von Köln gewählt, 1917 zum Oberbürgermeister. 1916 starb seine Frau, die ihm drei Kinder geboren hatte. 1919 heiratete er Auguste Zinsser. Dieser Ehe entstammten vier Kinder.

Vom Oberbürgermeister ...

In der ersten deutschen Republik zählte Adenauer zu den stärksten politischen Persönlichkeiten. Sechzehn Jahre lang bestimmte er die Geschicke Kölns und baute es durch die Neugründung der Universität, die Wiederbelebung der Kölner Messe und die Ansiedlung von Industriebetrieben, unter anderem der Ford-Werke, zur Metropole im Westen Deutschlands aus.

Nach dem Ersten Weltkrieg trat er dafür ein, das Rheinland aus Preußen, nicht aber vom Deutschen Reich zu lösen, was ihm in nationalistischen Kreisen den ungerechtfertigten Vorwurf einbrachte, ein Separatist zu sein. Er erstrebte eine

Verflechtung der westdeutschen Schwerindustrie mit den Nachbarstaaten, um deren Bedürfnis nach Sicherheit vor dem Deutschen Reich Rechnung zu tragen. Von 1921 bis 1933 gehörte der Zentrumspolitiker dem Preußischen Staatsrat an, der Vertretung der Städte und Provinzen Preußens, als dessen Präsident er jedes Jahr wiedergewählt wurde. Wiederholt war er für das Reichskanzleramt im Gespräch. Als Präsident des Münchner Katholikentages 1922 befürwortete er eine Zusammenarbeit der Konfessionen, lange bevor die Gründung einer interkonfessionellen Partei auf der Tagesordnung stand.

Als Gegner des Nationalsozialismus wurde er am 12. März 1933 als Oberbürgermeister von Köln abgesetzt und aus seiner Heimatstadt verbannt. Während der Jahre der Hitler-Diktatur und des Krieges blieb er geächtet, bedroht und überwacht und überlebte mit seiner Familie in seinem Haus in Rhöndorf bei Bonn. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler wurde er am 26. August 1944 für mehrere Monate in Gestapohaft genommen.

... zum Bundeskanzler

Am 4. Mai 1945 wurde Adenauer als unbelasteter Politiker von der amerikanischen Militärregierung wieder zum Oberbürgermeister von Köln ernannt und ging mit großer Tatkraft an den Aufbau der in Trümmern liegenden Stadt. Die britische Militärregierung entließ ihn allerdings am 6. Oktober und verbot ihm jegliche politische Betätigung, nachdem er ihre Be-

satzungspolitik kritisiert hatte. Nach Aufhebung des Verbotes konzentrierte er sich auf den Aufbau der 1945 neu gegründeten CDU. In kürzester Zeit übernahm er sämtliche Führungssämter der CDU in Nordrhein-Westfalen und der britischen Besatzungszone. Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 wurde er Vorsitzender der CDU (1950) und wurde bis zu seinem Ausscheiden 1966 stets mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Mit seiner Wahl zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates 1948, der das Grundgesetz für den neuen Staat auszuarbeiten hatte, rückte Adenauer in eine überregionale Schlüsselrolle. Nach den ersten Bundestagswahlen wurde er am 15. September 1949 zum Bundeskanzler gewählt.

Verankerung im Westen

In seiner vierzehnjährigen Kanzlerzeit, die vom Ost-West-Gegensatz und dem Kalten Krieg geprägt war, wurden die Grundlagen für den erfolgreichen Aufbau der zweiten Republik gelegt. 1949 lag die oberste Gewalt über die neue Demokratie bei den drei Hohen Kommissaren der westlichen Besatzungsmächte USA, Großbritannien und Frankreich. In der großenteils zerstörten, von Flüchtlingen und Vertriebenen überschwemmt, demokratisch noch ungefestigten Bundesrepublik gelang ihm innerhalb weniger Jahre die Wiederherstellung des deutschen politischen und moralischen Kredits. Sein Ziel war es, das ganze freie Deutschland im Kreis der westlichen Demokraten zu verankern. Er strebte nicht die Wiedervereinigung des geteilten Landes um ihrer selbst willen an. Vorrang vor einer Einheit hatte für ihn die Wahrung der Freiheit; ihrer Sicherung sollte der militärische Verteidigungsbeitrag dienen. Das Ansehen, das er mit dieser Politik erwarb, eröffnete der jungen Bundesrepublik sukzessive größere Handlungsspielräume und führte 1955 schließ-

lich zur Erringung der staatlichen Souveränität.

Stets plädierte er – in ständiger Sorge vor der Expansionspolitik der Sowjetunion und aufgrund seines in freiheitlich-christlichen Überzeugungen wurzelnden Antikommunismus – für die Einbindung der Bundesrepublik in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien, die er als ideelle Einheit begriff. In diesem Sinn betrieb er auch den Aufbau eigener Streitkräfte zum Schutz vor der Roten Armee der Sowjetunion und die militärische Integration in die Verteidigungsorganisationen des Westens. Zu dieser Orientierung gehörte auch die europäische Einigungsbewegung, die seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 in Rom ihr vertragliches Fundament erhielt. Ihr Kern war die Aussöhnung mit Frankreich, die 1963 mit der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages ihren Höhepunkt fand.

Stärkste politische Kraft

Innenpolitisch konsolidierte und stabilisierte er die anfangs noch recht labile erscheinende Demokratie durch die Eingliederung der Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen und – gemeinsam mit seinem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard – durch den Ausbau der Sozialen Marktwirtschaft, die als neuartige Wirtschaftsordnung die Förderung des freien Wettbewerbs mit sozialer Absicherung und mit Ausgleichsmaßnahmen verbindet. Binnen kurzem entstand in dem besiegten und zerstörten Land die leistungsfähigste europäische Volkswirtschaft, das „deutsche Wirtschaftswunder“. Das mit diesen epochalen innen- und außenpolitischen Weichenstellungen während seiner Kanzlerschaft von 1949 bis 1963 erreichte Ansehen als Modernisierer spiegelte sich in großen Wahlerfolgen wider: Schon bei der Bundestagswahl 1953 erreichte die CDU/CSU mit Adenauer die absolute Mandatszahl



*Die von Hubertus von Pilgrim
geschaffene Bronzeskulptur
wurde 1982
an die Stadt Bonn übergeben.
Ein Relief von Symbolen
aus Adenauers Leben
und der deutschen Geschichte
ziert den Hinterkopf.*

© picture-alliance/dpa,
Foto: Thomas Köhler

im Parlament, 1957 gar die absolute Mehrheit der Stimmen (50,1 Prozent). Unter seinem Vorsitz, den er 1966 abgab, avancierte die CDU mit ihrer bayerischen Schwesterpartei, der CSU, zur stärksten politischen Kraft in Deutschland. Sie war ausgeprägt christlich, westlich orientiert und sowohl in ihren innen- wie außenpolitischen Zielen für die Bundesrepublik wegweisend und modern.

Dass Adenauer der Sicherung der Freiheit und der Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft Priorität vor der Wiedervereinigungspolitik einräumte, ist vielfach kritisiert worden. Faktisch hat er dabei die deutsche Einheit nie aus den Augen ver-

loren. Die Westintegration sollte die Wiedervereinigung ohne Verzicht auf Freiheit und Frieden in Europa ermöglichen. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit konnte er sich nur vorstellen im Zusammenhang mit dem Ende des Ost-West-Antagonismus und einer Wiedervereinigung des europäischen Kontinents. Sein Ziel war, „daß Europa einmal ein großes, gemeinsames Haus für alle Europäer wird, ein Haus der Freiheit“. Dieses Ziel erreichte er aufgrund der weltpolitischen Konstellation nicht, was er ein Jahr vor seinem Tod als „sehr schmerzlich“ bezeichnete. Am 19. April 1967 ist er im Alter von 91 Jahren in seinem Haus in Rhöndorf gestorben.

Politische Stationen

1917–1933	Oberbürgermeister von Köln
1921–1933	Präsident des Preußischen Staatsrates
1945	Oberbürgermeister von Köln
1946	Vorsitzender der CDU in der britischen Zone
1946–1950	Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen (1946–1949 Fraktionsvorsitzender)
1948/49	Präsident des Parlamentarischen Rates
1949–1963	Bundeskanzler (1951–1955 auch Außenminister)
1949–1967	Mitglied des Deutschen Bundestages
1950–1966	Bundsvorsitzender der CDU